

## A2 Verurteilung von LSBTTI\*-Diskriminierung in polnischen Partnerstädten

Antragsteller\*in: Christian Franke-Langmach

Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

### Antragstext

1 Immer mehr Regionen, Landkreise und Gemeinden in Polen erklären sich in  
2 Deklarationen als frei von LSBTTI\*-Personen oder frei von LSBTTI\*„Ideologie“.  
3 Darunter auch Osterburgs Partnerstadt Wieluń (Beschluss am 17 Juli 2019) und  
4 Stendals Partnerstadt Puławy (Beschluss am 30. Mai 2019). Die sichere und freie  
5 Lebensgestaltung von nicht-heteronormativen Menschen ist in Polen bedroht. Wir  
6 sind solidarisch mit den betroffenen Menschen und stehen an ihrer Seite! Für  
7 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es nicht hinnehmbar, dass Menschen in ihren  
8 Grundrechten beschnitten werden und diese Gemeinden Diskriminierung aktiv  
9 fördern.

10 Im Austausch mit unseren Partnergemeinden werden wir auf diese Verstöße  
11 hinweisen, unsere Ablehnung der Deklarationen verdeutlichen, so wie es  
12 beispielsweise Wieluńs französische Partnerstadt Estaires (Nord) getan hat. Wir  
13 werden auf offizielle Briefe der Gemeinden mit der Aufforderung zur Widerrufung  
14 der Deklaration hinwirken. Auch die vorübergehende Aussetzung oder Beendigung  
15 der Partnerschaft darf kein Tabu sein.

16 Wir werden die Entwicklungen in den Partnerstädten weiter beobachten und den  
17 Dialog zu unseren gemeinsamen europäischen Werten suchen. Wir sehen auch  
18 zivilgesellschaftliche Akteure und die Kirchen in der Pflicht in ihren Kontakten  
19 nach Polen diesen Positionen zu widersprechen und zum Schutz der Freiheits- und  
20 Minderheitsrechte beizutragen.

### Begründung

Innerhalb eines Jahres wurden in Polen 87 Zonen (Regionen, Landkreise und Gemeinden) deklariert, die sich als frei von LSBTTI\* oder frei von LSBTTI\*„Ideologie“ bezeichnen. Dadurch werden LSBTTI\*-Personen, Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und intergeschlechtliche Menschen, aktiv diskriminiert, ausgegrenzt und eingeschüchtert.

Flankiert werden diese Beschlüsse durch verbale Attacken polnischer Bischöfe gegen Homo- und Transsexuelle. Die sichere und freie Lebensgestaltung von nicht-heteronormativen Menschen ist in Polen bedroht! Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt ist das nicht hinnehmbar, dass Menschen in ihren Grundrechten beschnitten werden und sich vor Gewalt fürchten müssen, wie die tätlichen Angriffe auf Pride-Veranstaltungen im vergangenen Jahr zeigen.

Die polnischen Gebietskörperschaften verstoßen aus unserer Sicht gegen die EU Antidiskriminierungsrichtlinie, aber auch gegen die polnische Verfassung, in der die „unveräußerliche Würde“ jedes Menschen geschützt ist – gedeckt durch die rechtskonservative PiS-Regierung. Die Deklarationen sind gespickt mit Formulierungen zur Widernatürlichkeit von LSBTTI\*-Menschen und einem vermeintlichen Widerspruch zu christlichen Werten.